

Inhalt



Annelie Buntenbach
(Mitglied des
Geschäftsführenden
Bundesvorstandes)

✓ Rente

- Aktuelle Anträge gegen die Senkung des Rentenbeitrags in Bundestag und Bundesrat
- Politisches Hearing: Heute die Rente von morgen sichern!
- Riester-Rente soll transparenter werden

✓ Arbeitsschutz

- A + A 2013: Call for papers
- Neue IFA-Gefahrstoffliste erschienen.
- Überarbeitet: Handbuch Arbeitsunfälle-Statistik

✓ Termine

- „Bessere Versorgung in der Pflege“, 26.10.2012, Berlin
- 18. Kongress Armut & Gesundheit am 6./7.03.2013, Berlin

Unser Team.

Doris Loetz	Heike Inga Ruppender Maxi Spickermann Petra Köhler	Ingo Nürnberger	Dirk Neumann	Knut Lambertin	Marco Frank	Dr. Hanns Pauli	Marina Schröder	Oliver Suchy
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariat Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung Rehabilitation	Gesundheitspolitik Krankenversicherung	Pflege Selbstverwaltung	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Unfallversicherung Arbeits- und Gesundheitsschutz	Politische Koordinierung Kampagnen Sozialpolitik

Rente

Aktuelle Anträge gegen die von der Koalition geplante Senkung des Rentenbeitrags in Bundestag und Bundesrat

Am heutigen Donnerstag geht das von der Bundesregierung geplante Beitragsgesetz zur Senkung des Rentenbeitrags in die parlamentarischen Beratungen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht. Darin wird die Schaffung eines Demografie-Fonds in der gesetzlichen Rentenversicherung gefordert, um notwendige Rücklagen aufzubauen. Um dies zu realisieren soll § 158 SGB VI entsprechend geändert werden. Bislang ist dort geregelt, dass der Beitragssatz sinken muss, wenn die Nachhaltigkeitsrücklage der Rentenversicherung 1,5 Monatsausgaben übersteigt. Dieser Mechanismus soll nach dem Willen der SPD abgeschafft werden.

Auch der zuständige Ausschuss im Bundesrat berät über den Gesetzesentwurf der Bundesregierung, nach dem der Rentenbeitrag gesenkt werden soll. Dazu haben die Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen einen gemeinsamen Antrag eingebracht, mit dem sie sich gegen eine Beitragssatzsenkung und für den Aufbau einer Demografie-Reserve aussprechen.

In der heutigen Abstimmung im Ausschuss wurde der Antrag der SPD-geführten Mehr-Länder mit zehn Stimmen angenommen, bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen (Berlin, Saarland und Sachsen). Das Saarland hat seinen zuvor eingebrachten Antrag zurückgezogen. Dafür wurde durch das Land Berlin ein Antrag eingereicht, der auch eine Senkung des Rentenbeitrags ablehnt. Dieser Antrag wurde mit elf Stimmen angenommen, bei ebenfalls drei Gegenstimmen (Bayern, Niedersachsen und Hessen) und zwei Enthaltungen (Saarland und Sachsen).

Am 12. Oktober 2012 wird der Bundesrat abschließend sein Votum abgeben. Bei einer Mehrheit gegen die Beitragssenkung kommt es zu einem Vermittlungsverfahren. Gestoppt werden kann das nicht-zustimmungspflichtige Gesetz durch eine 2/3-Mehrheit.

Reserven ausbauen – gemeinsam vorsorgen ...

... zu diesem Thema hat der DGB einen unterhaltsamen Zeichentrickfilm produziert, der unter diesem Kurzlink angesehen werden kann: <http://bit.ly/SDyVAX>. Viel Spaß mit den Eichhörnchen!

(Quelle: <http://www.ichwillrente.net/index.php?id=364>)

Politisches Hearing: Heute die Rente von morgen sichern!

Mit seinem Rentenkonzept 2012 hat der DGB gezeigt, wie in den nächsten Jahren eine Demografie-Reserve aufgebaut werden kann, um das Rentenniveau – auch bei einer Begrenzung des Beitragssatzes auf 22 % im Jahr 2030 – für zukünftige Generationen auf dem heutigen Stand zu halten. Im Rahmen eines politischen Hearings wurde das Modell zur Entwicklung des Beitragssatzes am 26.09.2012 in Berlin mit Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien diskutiert.

Annelie Buntenbach machte deutlich, dass eine Senkung des Rentenbeitrags heute zur Rentenkürzung von morgen führt. Wenn der Beitragssatz im nächsten Jahr, wie vom Bundeskabinett beschlossen, auf 19,0 % sinkt, hat das gravierende Auswirkungen für die Stabilität der künftigen Renten, weil die Nachhaltigkeitsrücklage in wenigen Jahren auf das gesetzliche Mindestmaß schrumpfen würde und somit die notwendigen Finanzspielräume verpulvert wären. Um drohende Altersarmut wirkungsvoll bekämpfen zu können, plädiert der DGB vielmehr für ein stabiles Rentenniveau. Das DGB-Konzept zeigt, dass dies durch den Aufbau einer Demografie-Reserve finanzierbar ist. Darüber hinaus können weitere Verbesserungen langfristig finanziert werden, etwa für erwerbsgeminderte Menschen. Das DGB-Rentenkonzept ist ein Angebot an Regierung wie Opposition und trifft auf breite Unterstützung in der Bevölkerung, aber auch auf Seiten der – auch unionsgeführten – Bundesländer.

Eine kritische Bilanz der vergangenen Rentenreformen zog Prof. Dr. Gustav Horn vom Institut für Makroökonomik der Hans-Böckler-Stiftung. Die Idee des Aufbaus umfangreicher privater, geförderter Vorsorge bei gleichzeitig sinkendem Rentenniveau sei nicht aufgegangen. Das Hauptproblem ist dabei die im Vergleich zur gesetzlichen Rente niedrigere Rentabilität der Riester-Rente. Es gilt, die geringer werdenden finanziellen Spielräume für die Alterssicherung so effektiv wie möglich einzusetzen. Dies spricht eindeutig für ein umlagefinanziertes System wie die gesetzliche Rentenversicherung, da sich hier die beste Rendite erzielen lässt.

In der Diskussion mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestags wurden die verschiedenen Positionen der politischen Parteien deutlich. Weder CDU/CSU noch FDP wollen von der beschlossenen Senkung des Rentenniveaus abweichen und beharren auf den gesetzlichen Grundlagen zur Senkung des Beitragssatzes. Debattiert wurde zudem über einen gesetzlichen Mindestlohn und über die zukünftige Rolle der 2. und 3. Säule des Systems der Alterssicherung. Dies betrifft zunächst die Frage, welche der beiden Säulen – betriebliche Altersvorsorge oder Riester-Rente – besser geeignet ist. Zudem wurde darüber diskutiert, ob der kapitalgedeckte Teil der Alterssicherung die gesetzliche Rente teilweise ersetzen oder als zusätzlich Vorsorge eine armutsfeste gesetzliche Rente ergänzen sollte.

In ihrem Ausblick machte Annelie Buntenbach abschließend deutlich, dass die Debatte um die Zukunft des Rentenniveaus und um den Kampf gegen Altersarmut gerade erst begonnen habe. Der DGB wird sich im Wahlkampf bis zur nächsten Bundestagswahl laut und deutlich für seine Forderung nach eine Rente, die zum Leben reicht, einsetzen. Mit dem Verzicht auf eine Beitragssatzsenkung im nächsten Jahr und einem langsamen, aber kontinuierlichen Anstieg des Beitragssatzes können wir heute die Renten von morgen sichern.

Weitere Informationen zum DGB-Rentenkonzept 2012 unter <http://www.ichwillrente.net/>

Riester-Rente soll transparenter werden

Bereits im Rahmen des Rentendialogs hatte die Bundesregierung angekündigt, den Verbraucherschutz bei Riester-Produkten zu verbessern. Nun wurde ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der mehr Transparenz schaffen soll. Dazu sollen die Anbieter von Riester-Produkten zu einem Produktinformationsblatt verpflichtet werden. Denn viele Verbraucher sind von der Fülle der Produkte und Anbieter überfordert. Ein Produktinformationsblatt ist daher ein richtiger, erster Schritt. Um die Verbraucherinnen und Verbraucher aber wirksam vor schädlichen Finanzprodukten zu schützen, fordert der DGB weiterhin einen Finanz-TÜV, der Produkte prüft und zulässt.

Um die häufig hohen Kosten von Riester-Produkten zu reduzieren, baut die Bundesregierung auf mehr Wettbewerb zwischen den Anbietern. Damit aber die staatliche Zulage mindestens zu einem größeren Teil auch bei den Sparern ankommt, ist eine gesetzliche Höchstgrenze der Kosten notwendig. Mit der nun geplanten Begrenzung der Wechselkosten auf 150 Euro zeigt die Regierung, dass das geht.

Ungeachtet der geplanten Verbesserungen beim Verbraucherschutz ignoriert die Bundesregierung weitgehend die aktuelle Diskussion um die geringe Rentabilität der Riester-Produkte. Vielmehr soll, in erster Linie durch steuerliche Anreize, die Verbreitung von Riester-Produkten vergrößert werden. Bisher haben nur etwa 40 % der Beschäftigten eine Riester-Rente abgeschlossen. Gerade bei niedrigem Einkommen gelingt es den Menschen häufig nicht, privat für das Alter vorzusorgen. Daher sieht der DGB die Stabilisierung des Rentenniveaus als die zentrale Aufgabe. Und statt mit Steuergeldern weitere Anreize für den Erwerb von Kapitalmarktprodukten mit unsicheren Renditen zu setzen, sollte besser die zusätzliche betriebliche Altersvorsorge gestärkt werden. Dazu gehören auch Maßnahmen, um die finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber zu vergrößern.

Arbeitsschutz

Bitte um Vorschläge! Call for papers

„'Gesunde Arbeitsplätze – Partnerschaft für Prävention' lautet das Motto unserer europaweiten Kampagne für den Zeitraum 2012–2013. Der alle 2 Jahre in Düsseldorf stattfindende A+A Kongress ist das große Forum zur Diskussion neuer Praxislösungen, Forschungsergebnisse und Rahmenbedingungen von Arbeitsschutz, Gesundheitsförderung und Ergonomie. Alle betrieblichen Akteure, Sozialpartner, Wissenschaftler und Experten in Verbänden und Institutionen sind eingeladen, ihr Wissen in den A+A Kongress 2013 einzubringen. Gestalten Sie das A+A Kongressprogramm mit! Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge für Kongressbeiträge.“

Auf der Website www.basi.de steht unter der Rubrik „A+A 2013/Wir bitten um Vorschläge!“ das online-Formular für die Einreichung von Vorschlägen. Schlussfrist für die Einreichung von Beiträgen ist der 31. Oktober 2012.

Neue IFA-Gefahrstoffliste erschienen.

Bewährtes Nachschlagewerk jetzt in aktueller Fassung.

Eine aktualisierte Fassung der bewährten IFA-Gefahrstoffliste hat das *Institut für Arbeitsschutz* der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (IFA) veröffentlicht. Das kostenlose Nachschlagewerk richtet sich an Betriebe, Aufsichtsbehörden, Arbeitsmediziner und andere, die sich mit Gefahrstoffen und Gesundheitsschutz befassen. Es enthält alle wichtigen Informationen, um Gesundheitsgefährdungen durch Gefahrstoffe zu beurteilen. Die IFA-Gefahrstoffliste kann hier heruntergeladen oder bestellt werden:

<http://bit.ly/MK9cR6>

(Quelle: <http://www.dguv.de/ifa/de/pub/rep/reports2012/ifa0112/index.jsp>)

Überarbeitet: Handbuch Arbeitsunfälle-Statistik

EUROSTAT hat das Methodik-Handbuch zur Europäischen Statistik über Arbeitsunfälle (ESAW) überarbeitet. Über den Kurzlink ist auch eine Fassung in Deutsch erhältlich:

<http://bit.ly/QquGaa>

(Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/publication?product_code=KS-RA-12-002)

Termine

„Bessere Versorgung in der Pflege“, 26. Oktober 2012, Berlin

Der DGB wird am 26. Oktober 2012 unter dem Titel „Bessere Versorgung in der Pflege – Herausforderungen und Perspektiven“ in der Berliner Landesvertretung des Saarlandes eine pflegetherapeutische Veranstaltung durchführen.

Der DGB setzt sich für eine solidarische Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung zur Bürgerversicherung ein. Das beinhaltet auch, die Herausforderungen der pflegerischen Versorgung in den Blick zu nehmen. Allein bis zum Jahr 2030 wird nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Zahl der Pflegebedürftigen um eine Million, auf dann 3,4 Millionen Menschen, steigen. Gleichzeitig sinkt die Zahl derer, die in der Familie oder beruflich Pflege leisten können und wollen. Nicht nur Pflegebedürftige, auch die Pflegenden sind auf gute Konzepte und ein leistungsstarkes System angewiesen, um eine menschenwürdige Pflege zu ermöglichen. Grund genug, die versorgungspolitischen Herausforderungen auf dieser Veranstaltung darzustellen und über Perspektiven nachzudenken. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Praxis, Politik, Selbstverwaltung und Wissenschaft wollen wir diskutieren, welche neuen Wege beschritten werden können und wie den Problemen einer alternden Gesellschaft nachhaltig zu begegnen ist. Einladung und Anmeldung: siehe pdf-Dokument im Anhang der Newsletter-E-Mail.

18. Kongress Armut und Gesundheit am 6. und 7. März 2013, Berlin

Mit dem 18. Kongress Armut und Gesundheit, der unter dem Motto „Brücken bauen zwischen Wissen und Handeln – Strategien der Gesundheitsförderung“ steht, knüpft der Kongress an die Diskussionen des 17. Kongress an und geht einen Schritt weiter: Das Wissen um wirksame Ansätze ist vorhanden. Wie jedoch kommen wir zu einem flächendeckenden Transfer und zu nachhaltigem Handeln in Prävention und Gesundheitsförderung?

Einer der Schwerpunkte des Kongresses wird die Arbeitswelt sein. Folgende Fragstellungen sollen, so der Call for Papers, dort bearbeitet werden: Wie ist es um das Wissen bezüglich psychischer Gesundheit/Krankheit in der Arbeitswelt bestellt: Welches Wissen ist vorhanden, wo bestehen Wissenslücken? Was passiert mit den Erkenntnissen aus Berichten und Studien beispielsweise der öffentlichen Gesundheitsberichterstattung, der Forschung, von Unternehmen, Gewerkschaften und Krankenkassen? Wo gibt es gelungene Verknüpfungen von Wissen und Handeln? Was sind gute Ansätze (zum Beispiel Leitfäden, Tool-boxen, Qualitätskriterien) für einen Transfer von psychischer Gesundheitsförderung im Betrieb? Was sind spezifische Transfer-Konzepte und -Anforderungen in einzelnen Branchen (zum Beispiel Industrie/Handwerk, Sozial- und Gesundheitswesen, Verwaltung)? Was bedeutet dies für Branchen mit einem hohen Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse? Hier sind insbesondere Beiträge von Akteuren der GKV, Berufsgenossenschaften, Betriebsärztinnen und -ärzte, Unternehmen, Wissenschaft und Politik gefragt.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/kongress-armut-gesundheit/>

Bestellen können Sie unseren Newsletter auf unserer Homepage unter folgender Adresse:

<https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>